



Medienkommentar

# Manipulative Berichterstattung zur Anti- Kriegs-Demo in Moskau



**Am Sonntag, 21. September, fand in Moskau ein Friedensmarsch statt Laut der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti nahmen an der von Oppositionsparteien organisierten Aktion sowohl Anhänger der russischen Opposition als auch Unterstützer der nicht anerkannten „Volksrepubliken“ in der Ost-Ukraine teil. Neutrale Stellen meldeten etwa 20'000 Demonstrierende...**

Am Sonntag, 21. September, fand in Moskau ein Friedensmarsch statt Laut der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti nahmen an der von Oppositionsparteien organisierten Aktion sowohl Anhänger der russischen Opposition als auch Unterstützer der nicht anerkannten „Volksrepubliken“ in der Ost-Ukraine teil. Neutrale Stellen meldeten etwa 20'000 Demonstrierende.

Interessant sind nun die Darstellungen vonseiten der westlichen Medien. Denn hier nach handle es sich bei dem Friedensmarsch schwerpunktmäßig um den Ausdruck eines Massenprotest gegen Präsident Putin und dessen Ukraine-Politik. Aber wie kann das zutreffen, wenn am Friedensmarsch gerade auch Unterstützer der Volksrepubliken in der Ostukraine teilnahmen? Gemäss der neuesten September-Umfrage des gemeinnützigen und unabhängigen Meinungsforschungsinstituts Lewada-Zentrum in Russland schätzen zudem 86 Prozent der Befragten die Arbeit von Wladimir Putin als Präsident positiv ein

Eine Protesthaltung gegen Putin mag für eine kleine Minderheit zutreffen. Doch liegt der Verdacht nahe, dass die Oppositionsparteien den Friedensmarsch lediglich mit dem Ziel organisierten, eine Diskreditierung Putins voran zu treiben. Die Ansammlung von Friedenswilligen, die ganz grundsätzlich gegen Kriegstreiberei - egal von welcher Seite - demonstrierten, münzten die westlichen Medien kurzerhand als Massenprotest gegen Putin um.

Weiterhin berichten die westlichen Medien, dass der Gesamttenor des Friedensmarsches sei, „ein Ende der propagandistischen und materiellen Hilfe“ für die prorussischen Separatisten herbei zu führen. Insbesondere diese Argumentsstrategie der westlichen Medien steht aber im krassen Widerspruch zu den neusten Erkenntnissen über die angebliche russische Invasion in der Ostukraine. So konnte die Europäische Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit, OSZE, keine Invasion russischer Truppen vor Ort bestätigen. Mehr darüber berichteten wir in unserer gestrigen Sendung „Russische Invasion unbestätigt“. Aber auch zwei Minister der Volksrepublik Donezk hatten in einem Interview klar Stellung bezogen, dass zwar Freiwillige aus aller Welt, aber keine regulären russischen Truppen in ihren Reihen kämpfen. Sehen Sie sich dazu die Kla.TV-Sendung „Stellungnahme ‚ prorussischer Separatisten‘ “ vom 16.09.2014 an.

Weiter fällt auf, in welchem negativ gefärbtem Tonfall die westlichen Massenmedien über die Randbedingungen des Friedensmarsches in Moskau berichteten. Beispielsweise wurde von

„großen Sicherheitsvorkehrungen“ oder einem „massiven Polizeiaufgebot“ geschrieben. In Anbetracht der vielen Teilnehmer war das Polizeiaufgebot aber absolut angemessen. Die Polizei griff auch nicht ansatzweise bedrohlich oder unterdrückend in die Demo ein. Soll mit dieser Falschmeldung westlicher Massenmedien der Mythos eines bösen russischen Polizeistaats ins Volksbewusstsein eingebrannt werden?

Verschiedene Medien, u.a. der SPIEGEL, ließen obendrein verlauten, die Stadtverwaltung Moskaus habe maximal 50'000 Demonstranten zugelassen. Richtig ist aber, dass die Veranstalter selbst „nur“ 50'000 Teilnehmer angemeldet hatten und die Stadtverwaltung die Demo genehmigte. Mit dieser weiteren Falschmeldung westlicher Medien wird der Eindruck vermittelt, als handle es sich in Russland um ein totalitäres Regime, das sich vor allzu großen regierungskritischen Protesten fürchtet.–

Summarisch entpuppen sich westliche Leitmedien einmal mehr als Aufhetzer gegen Präsident Putin. Durch ständige Wiederholungen und immer neue Falschmeldungen soll das Feindbild des russischen Präsidenten als übler Aggressor im Volksbewusstsein verankert werden. Es verdichtet sich der Verdacht, dass mit den Berichten zu dieser „Friedensdemo“ nebst den wirtschaftlichen Sanktionen sogar eine künftige Militäraktion gegen Russland gerechtfertigt werden soll. Wenn es den Leitmedien wirklich um Frieden geht, warum berichten sie dann nicht zu vorderst wahrheitsgemäß über die sogenannten „Anti-Terror-Einsätze“ der Regierung Poroschenkos gegen sein eigenes Volk, diesen bislang unaufgearbeiteten Völkermord? Sehen Sie auch dazu unsere Sendungen vom 04.06., 17. und 29.5. 2014.

von jb./dd./hm.

---

#### Quellen:

<http://de.ria.ru/politics/20140921/269599741.html>  
<http://de.ria.ru/zeitungen/20140926/269646817.html>  
<http://www.kla.tv/index.php?a=showportal&keyword=allvids&id=4124>  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/russland-anti-kriegs-demonstration-gegen-putins-ukraine-politik-a-992924.html>

---

#### Das könnte Sie auch interessieren:

#Ukraine - [www.kla.tv/Ukraine](http://www.kla.tv/Ukraine)

#Medienkommentar - [www.kla.tv/Medienkommentare](http://www.kla.tv/Medienkommentare)

---

#### Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf [www.kla.tv](http://www.kla.tv)

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: [www.kla.tv/abo](http://www.kla.tv/abo)

---

### Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

**Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!**

**Klicken Sie hier: [www.kla.tv/vernetzung](http://www.kla.tv/vernetzung)**

---

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.